

## Antrag

Fraktion der SPD

Hannover, den 09.03.2010

### **Gegen eine Diskreditierung linker Gesellschaftsentwürfe durch die Gleichsetzung mit rechtsextremistischen Gesellschaftsvorstellungen**

Der Landtag wolle beschließen:

#### Entschließung

Die Abgeordneten des Niedersächsischen Landtags lehnen jegliche Form von Gewalt gegen Menschen und Sachen ab. Dazu gehören Angriffe gegen Leib und Leben von Menschen genauso wie die Zerstörung von Sachen und persönlichem Eigentum und Vandalismus. Sie sind sich darin einig, dass alle Bestrebungen dieser Art von Demokratinnen und Demokraten geächtet werden und mit aller Strenge durch Polizei und Justiz verfolgt werden müssen. Insbesondere ist gegen die Zunahme von gewalttätigen Übergriffen und Beleidigungen gegen Polizeibeamte vorzugehen. Die Abgeordneten sind sich einig, dass alles daran gesetzt werden muss, diese Delikte verstärkt zu ahnden und gemeinsam die Ursachen zu bekämpfen.

Die Abgeordneten des Niedersächsischen Landtages sind sich ebenfalls einig in der Abwehr aller extremistischen Bestrebungen, die auf die Abschaffung oder die Einschränkung der demokratischen Grundlagen unserer Gesellschaft und unseres Staates zielen.

Die Abgeordneten des Niedersächsischen Landtags sprechen sich gleichzeitig auch gegen die Zunahme einer Gleichsetzung von Links- und Rechtsextremismus durch Äußerungen des Innenministers und von Mitgliedern der Koalitionsfraktionen in der politischen Debatte aus. Diese Gleichsetzung wird auch in den aktuellen Veröffentlichungen des Niedersächsischen Verfassungsschutzes deutlich. Debatten werden häufig unter Zuhilfenahme allgemeiner, ausschließlich beschreibender Kategorien wie „Freund-Feind-Denken“ und das Vorhandensein eines „geschlossenen Weltbildes“ geführt und blenden die gesellschaftspolitische Dimension und die Entstehungsursachen aus.

Diese Art des Denkens ist unhistorisch, theoretisch falsch und pauschal diffamierend gegen jeden gerichtet, der sich kapitalismuskritisch äußert, also gegen SPD, Gewerkschaften, Grüne, Die LINKE, die christliche Soziallehre und wissenschaftliche Positionen. Es werden so bewusst Begriffe verwischt und die fundamentalen Unterschiede zwischen demokratischen linken Traditionen und rechtsextremen antizivilisatorischen überholten Positionen nivelliert.

Eine solche Betrachtungsweise banalisiert zugleich die Auseinandersetzung mit Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Antisemitismus. Als Folge fehlt den präventiven Ansätzen die Rückbindung an die reale gesellschaftliche und politische Entwicklung. Die Bekämpfung des Rechtsextremismus erschöpft sich auf diese Weise in Appellen und allgemeinen Warnhinweisen.

Der Rechtsextremismus und sein historischer Vorläufer, der Nationalsozialismus, beruhen auf Rassismus und der prinzipiellen Akzeptanz von Gewalt als Mittel zur Durchsetzung politischer Ziele. Die rechtsextremistische, sozialdarwinistische Weltanschauung ist ohne Antisemitismus, Rassismus, „Gewalt und Krieg als ewigem Lebensgesetz des Rassenkampfes“ nicht vorstellbar.

Die diktatorischen Herrschaftsformen Lenins und Stalins in der früheren Sowjetunion und in den anderen Staaten des ehemaligen Ostblocks beriefen sich zwar auf den Marxismus; sie waren jedoch keine notwendige Konsequenz, wie die politische Praxis der sozialdemokratischen und demokratisch-sozialistischen Bewegungen und Parteien zeigt. Die Utopien des demokratischen Sozialismus sind humanistisch und demokratisch angelegt.

Die Niedersächsische Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen führen auch die Auseinandersetzung mit der Partei „DIE LINKE“ in einer sehr vereinfachenden Art und Weise. Es findet der Versuch statt, diese Partei pauschal mit dem Etikett „linksextrem“ zu versehen.

Dieses Vorgehen richtet sich nur scheinbar ausschließlich auf „DIE LINKE“. Real wird so aber jegliches kapitalismuskritische und linksreformierte Denken, das zugleich auch Bestandteil sozialdemokratischer Programmatik ist, in die Nähe des Extremismus gerückt. So werden z. B. Begriffe wie „demokratischer Sozialismus“ und „Wirtschaftsdemokratie“ im Verfassungsschutzbericht 2007 ohne jede Einschränkung oder Relativierung als nur scheinbar mit der freiheitlichen demokratischen Grundordnung vereinbar bezeichnet.

Die Geschichte und Entwicklung der deutschen Sozialdemokratie ist untrennbar mit dem Kampf für Freiheit und Demokratie und deren Erhalt verbunden. Der Begriff „Demokratischer Sozialismus“ gehört zum Kernbestandteil sozialdemokratischen Selbstverständnisses, er ist der Gegenbegriff zum früheren Staatssozialismus östlicher Prägung. Der langjährige SPD-Vorsitzende Willy Brandt bezeichnete den demokratischen Sozialismus als „ein in sich nicht abgeschlossenes System von Vorstellungen über eine Neugestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse“, das auf „dem Bekenntnis zur Freiheit und zum Humanismus, zum Rechtsstaat und zur sozialen Gerechtigkeit fußt“.

Mit dem Begriff „Wirtschaftsdemokratie“ verbindet sich der Kampf der Arbeiterbewegung, von Gewerkschaften und SPD, für Arbeitnehmerrechte und die demokratische und soziale Ausgestaltung des Wirtschaftslebens. Ohne diesen Einsatz würde es die soziale Marktwirtschaft in der heutigen Form nicht geben.

Bei der Einstufung dieser Strömungen bedarf es also einer differenzierten Betrachtungsweise. Pauschale Vorverurteilungen sind fehl am Platz.

Demgegenüber ist in den letzten Monaten in den Veröffentlichungen des Niedersächsischen Innenministeriums jedoch eine zunehmende und pauschale Gleichsetzung zwischen Rechtsextremismus und Linksextremismus festzustellen. Auf eine Differenzierung nach ideengeschichtlichem Hintergrund und politischer Zielsetzung wird bewusst verzichtet.

So ist z. B. die Wanderausstellung des Niedersächsischen Verfassungsschutzes zum Thema „Unsere Demokratie schützen - Verfassungsschutz gegen Extremismus“, die über die Ursachen von Rechtsextremismus aufklären sollte, jetzt um sechs Tafeln zum Thema Linksextremismus ergänzt worden.

Im Vorwort zur neuen Ausstellung schreibt Innenminister Uwe Schünemann: „Doch auch nach mehr als 60 Jahren hat die Demokratie Feinde. Extremisten von ganz rechts und ganz links verfolgen zwar unterschiedliche Ziele, lehnen aber beide die Grundlagen von Demokratie und Rechtsstaat ab. Sie nehmen auch für sich in Anspruch, im Besitz der Wahrheit zu sein. Sie sind intolerant und teilen die Welt in Gut und Böse ein. Freiheitsrechte des Einzelnen werden der „Gemeinschaft“ oder dem „Kollektiv“ untergeordnet. Demokratische Vielfalt lehnen Sie ab“.

Auf einer der neuen Schautafeln wird unter der Überschrift „Gleichheit statt Freiheit“ ausgeführt: „Linksextremisten ordnen die individuellen Freiheitsrechte dem Grundsatz der Gleichheit aller Menschen unter. Die Gemeinschaft rangiert somit immer vor dem Einzelnen“.

In seinem Grußwort zur Ausstellungseröffnung am 14. Januar 2010 in Steinfeld sagte Innenminister Uwe Schünemann u. a.: „Dennoch stellen wir immer wieder fest, dass beide Extreme auch Gemeinsamkeiten haben: Sie verfügen über ein geschlossenes Weltbild, das weder reflektiert noch fortentwickelt wird. Sie glauben, unfehlbar im Besitz der Wahrheit zu sein. Aus diesem Absolutheitsanspruch heraus entwickeln Extremisten ein Freund-Feind-Bild, das die Welt holzschnittartig in Gut und Böse einteilt und keine Differenzierungen zulässt. Kennzeichnend ist auch, dass jeweils nicht der Einzelne, sondern ein Kollektiv im Mittelpunkt steht, bei Rechtsextremisten z. B. die „Rasse“, bei Linksextremisten die „Klasse“. Das bedeutet: Individuelle Freiheitsrechte und die Menschenwürde werden dem Kollektiv untergeordnet“.

Fatal dabei ist, dass gleichzeitig Begriffe wie „Gleichheit statt Freiheit“ oder Gegenüberstellungen von „Kollektiv“ und „Individualität“ z. B. in Landtagsdebatten oder in Presseveröffentlichungen zur Schulpolitik, zur Sozialpolitik oder zum Grundverständnis von Gesellschaft durch Abgeordnete der CDU und der FDP auch zur Kennzeichnung von Vorschlägen der SPD verwendet werden. Damit

wird auch die Sozialdemokratie tendenziell unter Generalverdacht gestellt und ihr Bekenntnis zum „Demokratischen Sozialismus“ in die Nähe des Extremismus gerückt.

So wird der Versuch gemacht, die SPD unter diese undifferenzierte Sichtweise zu subsumieren. Diese Taktik lässt sich mit den Ausführungen von verschiedenen Vertretern des niedersächsischen Innenministeriums belegen. So schreibt der Verfassungsschutzpräsident: „Es gibt Stimmen, die vor jeder Zusammenarbeit mit (der Partei DIE LINKE) warnen und auf das zumindest ambivalente Verhältnis der Partei zur Demokratie hinweisen. Und es gibt solche, die den Blick auf neue Machtoptionen richten und bereits Regierungskoalitionen mit ihr eingehen“. Fast wortgleich äußert sich der niedersächsische Innenminister in der Financial Times Deutschland: „Die Verlockungen künftiger Machtoptionen und der sich abzeichnende Linksruck der SPD verstellen den Blick auf die extremistischen Züge der Lafontaine-Partei“.

Genauso stigmatisierend in der Aussage wurde der Leiter des neu eingerichteten NEIS, der der SPD bei einer Veranstaltung der Jungen Union „Machtinteresse vor kritischem Blick“ vorwarf.

Angesichts solcher Aussagen stellen sich Fragen:

- Werden Berlin und Brandenburg und wurde Mecklenburg-Vorpommern durch eine Regierungsbeteiligung der Partei DIE LINKE etwa nicht demokratisch regiert?
- Gilt dies auch für alle diejenigen kommunalen Gebietskörperschaften, z. B. in Cottbus und Schwerin, in denen die CDU mit der Partei DIE LINKE zusammenarbeitet?
- Soll dadurch die Verfassungsschutzbehörde in Niedersachsen von einer auf Neutralität bedachten Institution zu einem Instrument der Regierung gegen die Opposition werden?
- Welcher politische Bildungsauftrag mit welcher Stoßrichtung ist dem NEIS vor diesem Hintergrund zugedacht?

In den Stellungnahmen des Niedersächsischen Innenministeriums wird nahezu durchgängig Kritik an den Wirtschafts- und Eigentumsverhältnissen pauschal und sachlich unfundiert als Indiz für eine extremistische politische Ausrichtung bewertet.

Der Niedersächsische Landtag erklärt hingegen:

- Die internationale Finanz- und Wirtschaftskrise, deren Auswirkungen große Teile der Bevölkerung zu spüren bekommen, macht eine kritische Auseinandersetzung mit dem Wirtschaftssystem nötig. Wer vor dem Hintergrund der heutigen Krise des Kapitalismus Deutungsansätze aus der marxistischen Wirtschafts- und Gesellschaftstheorie ableitet - auch namhafte Hochschullehrer tun dies - darf nicht als Extremist bezeichnet werden. Da die Wirtschaftsform nicht Teil der Verfassung ist, können jene, die Kritik an ihr üben und ein anderes Wirtschaftssystem anstreben, nicht als Gegner der freiheitlich-demokratischen Grundordnung angesehen werden, solange sie den Wandel des Wirtschaftssystems auf demokratischem Wege erreichen wollen.
- Kapitalismuskritik ist nicht zwangsläufig gleichbedeutend mit der Abschaffung der parlamentarischen Demokratie. Ebenso wenig kann in diesem Zusammenhang der Rückgriff auf die Lehren von Karl Marx als extremistisch bezeichnet werden. Die Wirkungsgeschichte des Marxismus auf die politische und geschichtliche Entwicklung der früheren Ostblockstaaten oder Kubas zu reduzieren ist falsch, weil unhistorisch und unredlich.
- Der Verfassungsschutz in Niedersachsen soll seine gesetzliche Aufgabe - die Abwehr von Gefahren für die verfassungsmäßige Ordnung - effizient an den tatsächlichen Gefahrenpotenzialen ausrichten und nicht an den politischen Schwerpunkten der Spitze des Innenministeriums. Er darf sich nicht politisch agitatorisch und undifferenziert mit politisch anderen Positionen auseinandersetzen.

Die Landesregierung wird deshalb aufgefordert,

- sich im Kampf gegen den Extremismus auf die Feinde der freiheitlich-demokratischen Grundordnung zu konzentrieren, anstatt Kapitalismuskritiker zu kriminalisieren,

- künftig dafür Sorge zu tragen, dass sich bei öffentlichen Äußerungen oder Pressemitteilungen differenziert mit der Ideengeschichte und den Ursachen von Rechts- und Linksextremismus auseinandergesetzt wird, um schablonenhafte Gleichsetzungen zu vermeiden,
- die pauschale Gleichsetzung von Rechts- und Linksextremismus in der neu konzipierten Ausstellung zum Thema „Verfassungsschutz gegen Extremismus - Demokratie schützen“ wissenschaftlich zu überarbeiten und in Teilen zurückzunehmen,
- sich dafür einzusetzen, dass eine Niedersächsische Landeszentrale für Politische Bildung wieder neu gegründet wird, diese mit entsprechendem Fachpersonal auszustatten ist und ihr wieder Aufgaben der gesellschaftspolitischen Bildungs- und Aufklärungsarbeit übertragen werden,
- dass auf Landesebene keine Umschichtungen von Haushaltsmitteln zulasten von Maßnahmen gegen Rechtsextremismus vorgenommen werden,
- im Bundesrat dafür tätig zu werden, dass keine Umschichtungen bei den Haushaltsmitteln der Bundesministerien zulasten von Maßnahmen gegen Rechtsextremismus stattfinden.

Wolfgang Jüttner  
Fraktionsvorsitzender